

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Tagespreis bei Bestellung monatlich 2 M., durch unsere Vertreter gegenbar in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen monatlich 2 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Mitglieder und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Zeichner seinen Nachdruck auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe bei Bestandsende.



Inserentenpreise 2 M. für die 6-spaltige Korpuszeile oder deren Raum, Restzeilen, die 2-spaltige Korpuszeile 1 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Korpuszeile 2 M. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis mittags 10 Uhr. Für die Nichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anfragen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne ausdrückliche Erlaubnis des Verlegers ist strafbar.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Herausgeber: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig. für den Inserentenenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 224

Sonntag den 24. September 1922

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Strompreiserhöhung.

Die Kosten der Stromerzeugung und der Energieverteilung sind in den letzten Wochen derartig gestiegen, daß der Aufsichtsrat beschlossen hat, die am 1. April 1922 festgesetzten Gebühren für das 4. Quartal 1922 für Lichtanlagen um das fünffache, für Kraftanlagen um das achtfache zu erhöhen. Damit beträgt ab 1. Oktober 1922

der Strompreis für Licht wie auch für Kraft  
36.— Mark die Kilowattstunde.

Alle übrigen Gebühren des Tarifes erhöhen sich ebenfalls in gleichem Verhältnis.

Da ab 1. Januar 1923 das Kalenderjahr gleichzeitig Abrechnungsjahr werden soll, werden die Zähler bereits Ende Dezember abgelesen und der Mehrverbrauch für das 2., 3. und 4. Vierteljahr abgerechnet.

Wegen der unüberschaubaren Verhältnisse bis zum Jahreschlusse muß sich der Aufsichtsrat vorbehalten, bei weiterer erheblicher Verteuerung der Bezugs- und Betriebskosten mit den Jahresabrechnungen entsprechende Nachzahlungen auf das 4. Vierteljahr 1922 anzufordern, deren Höhe vorher besonders bekanntgegeben wird.

Gröba, am 20. September 1922. Elektrizitätsverband Gröba.

### Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Landwirtschaft.

Die Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter läuft am 15. Dezember 1922 ab. Unabhängig von einer auf Grund des § 26 des Reichsarbeitsnachweisgesetzes vom 22. Juli 1922 zu erwartenden weiteren Verordnung ergeht schon jetzt die Aufforderung an die Arbeitgeber ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter, die Besuche auf Weiterbeschäftigung für das Jahr 1923 oder auf Neueinstellung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter bis zum 10. Oktober 1922 bei der Amtshauptmannschaft zu beantragen, wo auch die erforderlichen Vordrucke entnommen werden können.

Meissen, am 22. September 1922. Nr. 305 II Q. Die Amtshauptmannschaft.

### Maul- und Klauenseuche.

Nachdem die Maul- und Klauenseuche im Rittergut Limbach erloschen ist, wird der Sperbezirk Limbach aufgehoben und hiermit als Beobachtungsgebiet erklärt.

Meissen, am 22. September 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.

### Meine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Reichsregierung hat mit den Führern der Parteien vereinbarten bedeutenden Erhöhung der Leuchtungszulagen für die Beamten und Arbeiter zugestimmt und eine baldige Neuregelung der Gehälter zugelagt.

\* Die bürgerlichen Parteien Thüringens haben beschlossen, vorläufig von dem Verlangen eines Volkentscheides zur Auflösung des Landtages abzusehen.

\* In Genf wurde die französische Resolution über Maßnahmen des Völkerbundes gegen das wirtschaftliche Chaos und die Inflationskrise angenommen.

\* Die fleischreichen Türken fordern nachdrücklich Thrazien und Konstantinopel. England widerspricht diesen Forderungen.

\* Präsident Harding soll beabsichtigen, eine allgemeine Wirtschaftskonferenz nach Washington einzuberufen.

\* Der amerikanische Senat hat eine Vorlage angenommen, durch die 180 000 Dollar zur Deckung der Ausgaben der Kommission für die amerikanischen Kriegsforderungen an Deutschland bereitgestellt werden.

### Unter der Wolke.

Wir leben in der Schicksalswinde des großen Dramas, das mit Versailles begann und dessen Ende klar umrissen aussieht. Es ist das Ende des alten Europas, der Verschönerung der Weltzentren und in geistiger Beziehung das Ende der Formeln, mit denen man noch vor wenig Jahren Politik und Wirtschaft zu bestimmen versuchte. Das Umlegen des Russenscheiters in einen kapitalistischen, das Erlahmen eines folgerichtig durchgeführten Marxismus und der damit zusammenhängenden Sozialisierungsbestrebungen in einer Reihe von privatwirtschaftlichen Verträgen, die die Sowjetregierung mit den Leitern von Finanzkonzernen abschloß, ebenso die Lösung der Reparationsfrage zwischen der Entente und Deutschland durch Verträge der interessierten Lieferungs- bzw. Geschädigten-Gruppen, das alles sind Anzeichen zu neuen Formen der Wirtschaft und Politik, in der der Staat nicht mehr alles, dagegen die freie Vereinbarungen vorherrschend ist. Mit dem Wort „Kapitalismus“ kommt man derartigen Entwicklungsstufen nicht mehr bei. Daß z. B. die Gewerkschaften an solchen Verträgen direkt interessiert sind, will zwar mancher radikale Politiker nicht wahr haben, und auf der sozialistischen Einigungswoche in Augsburg und Gera ist genugsam dagegen gesprochen worden, aber die Dogmatiker sind gezwungen, in der Praxis nach dem Scheitern der Vorsehung zu suchen.

Der außen- und innenpolitische Kurs des Deutschen Reiches hat seit der Novemberrevolution von 1918 auf dem Weg der Erfüllungspolitik nicht die Richtung gefunden. Wohl wurde die Erfüllung angestrebt, aber die Unmöglichkeit dazu wurde offenbar. Die Massen sind erbittert, es muß neuer Wein in alte Schläuche gegossen werden, um eine Katastrophe zu verhüten. Durch die wirtschaftliche Entwicklung sind die früheren Parteiodoktrinen erschüttert, ihre Anziehungskraft in Frage gestellt. Diese Entwicklung wird fortgeschritten, wenn auch in Zukunft nur kleine statt lebendigen Brotes des Erkennens der Wirklichkeit gegeben wird. In Augsburg, in Gera haben die beiden bisher getrennten sozialdemokratischen Parteien sich zusammenschlossen. Bedeutet das einen Fortschritt auf dem Wege zur unablässig geforderten Einheit der Nation? Einer der besten Deutschen, de Lagarde, hatte die Einheit der Nation also hergeleitet: „Deutschland kann nur einig werden durch gemeinsame Arbeit, vorausgesetzt, daß diese Arbeit die ganze Nation in Anspruch nimmt. Denn nur diese Arbeit wird alle Kräfte wecken und alle nicht zum Wesen der Deutschen gehörigen, sondern durch ein beispielloses Mißgeschick ihnen aufgebürdeten fremden Stoffe abstoßen.“ Wir haben heute kein gemeinsames Arbeitsziel, unsere Parteien trennen, statt zu verbinden, und so leidet die deutsche Nation einem Meer, das unter

einer schweren und verstimmenden Wolke marschiert und in sich selbst uneins ist und gegeneinander hadert.

Der Weg zur Volksgemeinschaft ist ein anderer als der trennender Parteiprogramme. Weil wir republikanisch und freiheitlich wurden, haben wir noch längst keine Erleichterungen vom Feindbund erhalten, eben weil wir keine Macht im Kampf der Mächte mehr waren. Auch das Moratorium, das der Präsident der privaten Reichsbank in London herausholte, steht auf dem Boden der Erfüllungspolitik, die eigentlich ein Ende haben müßte, da wir sogar nach dem Urteil der Reparationskommission zahlungsunfähig sind. Die Reichsbank hat den Goldbetrag von 270 Millionen Mark auszuscheiden, und um dessen Abfluß nach London zu verhindern, muß die Reichsregierung der Reichsbank monatlich Beträge von 15 Millionen Goldmark zuweisen. Diese Beträge werden uns fehlen und die Weltwirtschaftskrise noch verstärken. Das weiß man natürlich auch auf der Gegenseite. Es ist bemerkenswert, daß auf der Völkerbundstagung in Genf auch die Franzosen durch de Jouvenel sich endlich bereit erklärten, die Frage der Reparationen und zwischenstaatlichen Verschuldung in ihrer Gesamtheit und möglichst unter Ausschaltung politischer Maximen behandeln zu lassen. Das ist vielleicht ein Lichtblick, aber der Weg dazu ist mit den Grabsteinen der europäischen Wirtschaft unsäuml.

Auch die Entente hat allerlei zu Grabe tragen müssen. Die einheitliche Erhebung des Türkenvolkes gegen den Schmachfrieden von Sèvres hat im Orient eine neue Lage geschaffen, die England insofern trifft, als nach englischer Tradition Lloyd George nicht auf den trunkenen Mann am Vesper ausgeteilt hätte. Niemals Sieg über die Griechen führte dann zum Zusammenbruch der britischen Orientpolitik, die immer, wie Disraeli betonte, der Schlüssel der Politik Englands sein wird. England stirbt etwas mit den Waffen, aber man scheint doch die Folgerungen aus der Lage zu ziehen und auf einer großen Orientkonferenz mehrere Monate lang sich diplomatisch jantzen und dann einigen zu wollen. Die Gefahr, daß die Kriegswolke, die plötzlich in Vorderasien verheerend niederging, auch auf dem Balkan aufsteigen wird, ist aber noch nicht gebannt.

### „Hinten, weit in der Türkei...“

#### Ultimatum der Angoraregierung.

Heute kann man nicht mehr davon reden, daß die nord-europäische Ruhe unbeeinträchtigt bleibt, wenn hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen. Der Vormarsch des Türkenfeldherrn Mustafa Kemal Pascha hat die politischen Säulen der englischen Weltmacht scharf angestoßen, und während man in Frankreich ob des Ereignisses jubiliert, herrscht große Sorge und Unsicherheit in London, zumal die Zustimmung des englischen Volkes zur Regierungshaltung durchaus unsicher ist. Sie erklärte der Arbeiterführer Thomas in einer Rede, die britische Arbeiterschaft müsse es dem Kabinett klar machen, daß es unter keinen Umständen England in einen Krieg verwickeln dürfe, ohne daß die Vertreter des Volkes im Parlament die erste Stimme in dieser Frage hätten.

#### Kemal drängt vorwärts.

Aus Konstantinopel telegraphierte der Berichterstatter dem Londoner „Daily Express“, die Angora-Regierung sei im Begriff, den Allierten eine Erklärung zu unterbreiten, worin gefordert wird, daß die Griechen Thrazien räumen, das dann durch türkische Truppen besetzt werden würde. Es werde um eine Entscheidung binnen 48 Stunden erlucht werden. Und der französische General Pellé erklärte nach seiner Rückkehr aus Smyrna, daß Kemal ihm gesagt habe, er könne seine Truppen nur noch einige Tage zurückhalten unter der Bedingung, daß die Allierten in einer Konferenz die Rückgabe Konstantinopels und der Thrazien an

die Türken ausprägen. General Pellé hat den Eindruck, daß die Türken entschlossen sind, Konstantinopel und Thrazien unter allen Umständen vor dem Winter zu erlangen, selbst wenn ein gewaltsames Vorgehen die Zerschöpfung Konstantinopels notwendig machen sollte.

#### Deutschland nicht interessiert.

Der Berliner Korrespondent der „Westminster Gazette“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Brüning, in der auch Deutschlands Stellung zu den Ereignissen im Orient berührt wurde. Der Kanzler äußerte sich folgendermaßen: „Deutschlands Politik ist der Frieden. Wir haben kein Interesse an den Problemen des Orients. Wir hatten alle militärischen Konflikte, wo immer sie auch sein mögen, für unerwünscht.“

### Reparationsdebatte in Genf.

#### Zusammenstoß zwischen Frankreich und der Schweiz.

Die große Auseinandersetzung über die Reparationsfrage begann unter großer Gespanntheit mit einer Erklärung des französischen Vertreters, Senator de Jouvenel, über die Stellung Frankreichs. Es wäre unmöglich, begann de Jouvenel, daß die hier versammelten Vertreter der Weltmeinungen zu den großen Fragen, die den Frieden der Welt betreffen, schweigen sollten, wie es denn auch unmöglich sei, daß Frankreich schweige. 80 Millionen französisches Geldes habe Frankreich schon für die Reparationen ausgegeben und kein Fennig deutschen Geldes sei in dieser Summe enthalten. Die Frankreich für die verwüsteten Gebiete Solidarität bedauere, so müsse sich jetzt die Solidarität Europas bedanken, ohne daß man die Intervention Amerikas abwartet. Der Wohlstand müsse lauter: „Hilf dir selbst“, dann hilft dir Amerika. Frankreich verlange, daß man aus dem Moratorium des Jahres 1921 in das der Lösung übergehe. Diese Lösung müßte im Rahmen der internationalen Verträge und der internationalen Abkommen gehandelt werden. Wenn auch diese Verträge in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht in keiner Weise vollkommen seien, so hätten sie doch die Ketten der unterdrückten Nationalitäten zerbrochen, und dieses Ergebnis dürfe nicht wieder in Frage gestellt werden.

#### England stimmt den französischen Vorschlägen zu.

Der Vertreter Englands Lord Fisher sagte, daß er die Vorschläge Jouvenels annehme, die nach seiner Ansicht an Stelle der Reparationspolitik treten könnten. Er sei mit ihnen einverstanden, weil sie die Bedeutung des Reparationsproblems und der zweiten Lebensfrage, der interalliierten Schulden, sowie die Zusammenhänge dieser Fragen untereinander und für die Abklärung hervorheben.

#### Die Schweiz für Deutschland.

Der Vertreter der Schweiz Motta schüttelte die Rolle Deutschlands in der Reparationsangelegenheit und im Völkerbunde an. Er wandte sich gegen die Auffassung, daß unter den interessierten Staaten nur die alliierten Regierungen zu verstehen seien. In diesen müsse auch unbedingt Deutschland gerechnet werden, ohne dessen Mitarbeit eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage undenkbar sei. Ebenso sei der Beitritt Deutschlands in den Völkerbund wünschenswert. Der französische Vertreter wandte sich mit scharfer Betonung gegen Motta und verlangte, daß seine Resolution nicht geändert werde. Er verlange das um so nachdrücklicher, als hier der Vertreter eines neutralen Landes gewisse Worte ausgesprochen hat, die ihn zu der Erklärung zwingen, daß über den Resolutionstext, nachdem die vier alliierten Delegationen sich geeinigt haben, kein Zweifel bestehen kann, und daß niemand das Recht habe, seinen Sinn zu verewaltigen oder zu ändern. Der Schweizer Motta entgegnete, daß er annehmen wolle, daß de Jouvenel seine unhöflichen Worte gebrauchen wolle. Er habe nichts verewaltigt und nichts verändert. Die Tatsachen sprächen selbst.

Der Präsident des Ausschusses schloß dann die Debatte. Die bekannte Resolution de Jouvenels, in welcher der Völkerbund zu Maßnahmen gegen die Inflation und das wirtschaftliche Chaos aufgefordert wird, wurde angenommen und Lord Robert Cecil mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfs betraut.